

A10NEU5 Die soziale und gerechte Stadt

Gremium: Vorstand KV LU - Nesrin Akpinar
Beschlussdatum: 20.10.2018
Tagesordnungspunkt: 0. Tagesordnung

Text

1 Wir setzen auf die Bekämpfung von Armut!

2 Ziel grüner Sozialpolitik ist es, allen Menschen die gleichberechtigte und
3 selbstbestimmte Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen. Wir werden die
4 Ausgrenzung von Menschen verhindern, die mit Behinderung, Armut oder in
5 Einsamkeit leben. Wir werden Politik für alle Menschen unserer Stadt machen.
6 Politik für alle Menschen der Stadt ist die Voraussetzung für ein friedliches
7 Zusammenleben aller Menschen. Wir setzen uns für bessere soziale Infrastruktur
8 und gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen ein. Hilfesysteme wollen wir
9 konsequent an der Würde und den Bedürfnissen der Hilfsbedürftigen ausrichten. Es
10 gilt, mit den Möglichkeiten der kommunalen Sozialpolitik Armut zu bekämpfen und
11 möglichst zu verhindern, dass Menschen in Armut fallen.

12 Besonderes Augenmerk muss der Bekämpfung der Kinderarmut und der Verbesserung
13 der Situation Alleinerziehender gelten. Bei der Berichterstattung und bei der
14 Erstellung eines Konzepts zur Armutsbekämpfung müssen die freien Träger, die
15 über eine besonders große Erfahrung in der Arbeit mit armen Menschen verfügen,
16 berücksichtigt werden.

17 Menschen ohne eigenes Einkommen sollen auf einem Mindestniveau versorgt sein und
18 in Würde leben können; möglichst in selbst angemieteten Räumen unter
19 Gewährleistung einer kontinuierlichen Versorgung mit Strom und Heizenergie und
20 mit erträglichen sanitären Bedingungen. Damit keine Menschen in Notunterkünften
21 leben müssen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, muss die Stadt ein
22 Handlungskonzept erarbeiten.

23 Energieeffizientes Wohnen darf nicht nur zahlungskräftigen Mietern und
24 Eigentümern vorbehalten sein. Der Stadtvorstand muss auf die
25 Wohnungsbaugesellschaft GAG einwirken, damit gerade finanzschwache Bürger*innen
26 die Chance haben, mit einer erträglichen "zweiten Miete", d.h. zu
27 erschwinglichen Energiekosten leben zu können. Bei Sanierungsprogrammen wie in
28 der Südlichen Innenstadt muss die Stadt darauf hinarbeiten, dass bei der
29 Renovierung von Wohnraum soziale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt
30 werden.

Grüne Ziele sind...

- Ein Konzept zur Bekämpfung finanzieller Notlagen und gegen die Einweisung in Notunterkünfte
- Ein Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut
- Weitgehende Sicherungen gegen Strom- und Heizenergiesperren bei finanziell Schwachen und Gebührenfreiheit bei Entschuldungsmaßnahmen
- Energieeffiziente Wohnangebote für finanziell Schwache
- Ökologische und soziale Eingriffe bei der Wohnraumsanierung
- Intensivierung der Schuldnerberatung für junge Leute.

Beratung und Versorgung - wohnortnah

DIE GRÜNEN fordern einen Ausbau von Einrichtungen der sozialen Beratung und Versorgung auf Stadtteil- und Quartiersebene. Gerade finanziell oder in der Mobilität eingeschränkte Menschen greifen auf dezentrale Angebote zurück. Quartiersbezogene Familieneinrichtungen sind daher eine wichtige Hilfe für Alte, Alleinerziehende, Einsame und viele Menschen mit unzureichenden Deutschkenntnissen.

Beschäftigung fördern, Arbeitslosigkeit mindern

Die Stadt wird alle Möglichkeiten nutzen, Arbeitslose zu qualifizieren und mithilfe eines "dritten Arbeitsmarkts" bedarfsgerechte Arbeitsgelegenheiten anbieten, die den Betroffenen auch zu einer spürbaren finanziellen Verbesserung verhelfen. Zur Integration bildungsbenachteiligter Jugendlicher in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt müssen erfolgreiche Maßnahmen wie KÜM „Kooperatives Übergangsmanagement Schule Beruf“, Berufslotsen und Jobfüxe zur Regel werden. Zum Abbau von Diskriminierung werden wir auch auf kommunaler Ebene anonyme Bewerbungsverfahren voranbringen.

Grüne Ziele sind...

- Den Erhalt- und die Erweiterung von Ausbildungsplätzen bei der Stadtverwaltung und ihren Tochtergesellschaften,
- Weitere Qualifizierungsinitiativen für junge und ältere Arbeitslose in der Stadt im Verbund mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und den Weiterbildungseinrichtungen,
- Städtische Unterstützung eines lokalen „Dritten Arbeitsmarkts“
- Zusatzjobs und sozialgeförderte Jobs zur dauerhaften Eingliederung in das Berufsleben mithilfe von Bundes- und Landesprojekten

Stadt für alle Generationen

Die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen werden in der altersgerechten Stadt berücksichtigt. Wie z.B. Öffentlicher Nahverkehr, Wohnungspolitik und barrierefreier Kommunikation. Für kranke und pflegebedürftige Menschen muss ein

69 engmaschiges Hilfe- und Informationsnetz zur Verfügung stehen. Wir setzen uns
70 dafür ein, dass Menschen in Altersarmut in Ludwigshafen finanziell abgesichert
71 und würdig wohnen und leben können.

72 Grüne Ziele sind...

- 73 • Mehr Lokale Anstrengungen zur Verhinderung von Altersarmut besonders bei
74 Frauen
- 75 • Ein Konzept und die Umsetzung für altersgerechte Mobilität und
76 altersgerechtes Wohnen in der Stadt
- 77 • Pflegestützpunkte müssen möglichst stadtteilnah eingerichtet werden
- 78 • Förderung der Mitwirkung älterer Menschen in allen sie betreffenden Fragen
- 79 • Ehrenamt für alle

80 Flüchtlingspolitik

81 Nach Ludwigshafen kommen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, aber auch vor
82 großer Not geflohen sind. Ihnen wollen wir in Ludwigshafen ein menschenwürdiges
83 Leben zusichern und eine Willkommenskultur, die sie vor Diskriminierung und
84 Rassismus schützt und ihnen gute Integrationsmöglichkeiten bietet.

85 Dazu fordern wir:

- 86 • Einbeziehung der Wohnungsbaugesellschaften (insbesondere GAG) und privater
87 Vermieter bei der dezentralen Wohnungsversorgung
- 88 • Die Verbesserung des Integration- und Berufsangebots
- 89 • Mehr Förder- und Sprachlernklassen für Flüchtlinge
- 90 • Vermeidung von Ghettobildung
- 91 • Die konsequente Umsetzung der Schulpflicht

92 Integration: Mehr Teilhabe, mehr Förderung

93 Insgesamt weit über 30% der Ludwigshafener haben einen Migrationshintergrund.
94 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind in ihren Bildungschancen
95 oft benachteiligt. Viel zu Wenige erhalten die Ermutigung und Förderung um
96 Abitur oder Fachhochschulreife zu erreichen; weiterhin zu Viele verlassen die
97 Schule ohne Abschluss. Jede Investition in Bildung ist eine Investition in
98 Integration und damit eine Zukunftsinvestition für unsere Stadt. Je früher,
99 desto besser. Die Integrationspolitik der Stadt braucht ein Konzept und
100 Koordinierung. So werden wir das friedliche und funktionierende Zusammenleben,
101 die soziale Integration, in Ludwigshafen mitgestalten.

102 Die Teilhabe der MigrantInnen in den verschiedenen Lebensbereichen der Kommune
103 ist bis heute nicht gelungen. Kommunales Wahlrecht für alle in Ludwigshafen
104 lebenden Menschen, nicht nur EU-Bürger. Die Integration ist nicht nur das
105 Angebot zur Teilhabe, sondern auch der Wille dazu.

106 Grüne Ziele sind...

- 107 • Eine nachhaltige, zukunftsorientierte und koordinierte Migrationspolitik
108 mit einem Migrationsrat (vorhanden: BMI)
- 109 • Eine Intensive Sprachförderung von Anfang an! Schon in den Kindergärten
110 und Kindertagesstätten
- 111 • Förderung der bilingualen Erziehung
- 112 • Die Nutzung des Landesprogramm Kita plus zu niedrigschwelligen
113 Informations- und Beratungsangeboten für Eltern
- 114 • Familienbildung und -unterstützung mit den Schwerpunkten Erziehung,
115 Bildung, Gesundheit und Ernährung
- 116 • Angebot für Sprach- und Integrationskurse auch für „freiwillig“
117 Teilnehmende, z.B. schon länger hier Lebende und mehr Mama-Kurse
- 118 • Miteinbeziehen aller Eltern in die vor- und schulischen Fördermaßnahmen
119 der Grund- und weiterführenden Schulen ihrer Kinder
- 120 • Ausweitung der inner- und außerschulischen Sozialarbeit
- 121 • Die Begleitung des Übergangs der Jugendlichen mit Migrationshintergrund
122 von der Schule zum Beruf durch intensive, koordinierte Zusammenarbeit von
123 Einrichtungen der schulischen und außerschulischen Sozialarbeit
- 124 • Fördermaßnahmen auch für Kinder und Jugendliche und deren Eltern, die in
125 Deutschland geboren sind
- 126 • Mehr Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst
- 127 • Stipendien für alle, gefördert durch die Stadt
- 128 • Teilhabe der Migranten in allen Bereichen der Politik

129 Inklusion

130 Die UN-Behindertenrechtskonvention, die das Menschenrecht auf selbstbestimmte
131 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert, ist auch bei uns noch längst
132 nicht vollständig umgesetzt. Menschen mit Behinderungen sind tagtäglich
133 vielfachen Diskriminierungs- und Exklusionserfahrungen ausgesetzt. An dem Abbau
134 dieser Teilhabebehindernisse wollen wir im Land und in den Kommunen arbeiten -
135 unser Ziel ist die inklusive Gesellschaft!

136 Grüne Ziele sind...

- 137 • Einen kommunalen Behindertenbeauftragten
- 138 • Zur Unterstützung der Kommunalen Behindertenbeauftragten die Erstellung
139 eines kommunalen Aktionsplans für Inklusion
- 140 • Den weiteren Ausbau von Barrierefreiheit, sowohl im ÖPNV, als auch beim
141 Wohnraum, der Zugänglichkeit von Arztpraxen oder Wahllokalen.
- 142 • Eingliederungs- und Jugendhilfe eng miteinander vernetzen, mit dem Ziel,
143 Hilfen und Teilhabeleistungen aus einer Hand zu verwirklichen